



Die Leugnung des Klimawandels und die Krise der Gewerkschaften

Macht, Arbeit und ökologische Chancen –
von Sol Klas und Gerardo Juara*

In: *express* 2-3/2026

Im Dezember 2025 richtete die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Konferenz »Labour Environmentalism – Krise, Perspektive und Strategien« aus. Dafür wurde ein Text verfasst, der die Erfahrungen der argentinischen »Frente Sindical de Accion Climática« (FSAC, etwa: klimapolitischer Gewerkschaftszusammenschluss) verarbeitet. Er diskutiert, warum es Gewerkschaften so schwer fällt, angemessen auf die ökologische Krise zu reagieren und welche Strategien sie klimapolitisch verfolgen könnten – in einer Zeit, in der (nicht nur in Argentinien) die Folgen des Klimawandels geleugnet und die von ihnen Betroffenen im Stich gelassen werden. Für den *express* wurde der Text übersetzt und gekürzt – der spanische Originaltext findet sich auf der Homepage des TraSAs Netzwerk in der Langfassung. Eine Übersetzung letzterer wird demnächst auf labournet.de erscheinen.

Die Leugnung des Klimawandels kann nicht einfach als ideologische Haltung oder ein Mangel an wissenschaftlichen Informationen verstanden werden. In ihrer heutigen Form wirkt sie als Herrschaftstechnik, als Regierungsform, die Worte, Wahrnehmungen und soziale Beziehungen so umgestaltet, dass die Idee des Gemeinwohls an sich außer Kraft gesetzt wird. Ihr Ziel ist es nicht, zu überzeugen, sondern zu desorganisieren. Ihr Ziel ist nicht der Konsens, sondern die Verhinderung kollektiven Handelns.

Die Gewerkschaftsbewegung steht dementsprechend vor einer beispiellosen Herausforderung. Jahrzehntlang waren Arbeiter:innen durch ihr kollektives Handeln in der Lage, regressiven Wirtschaftsmodellen entgegenzutreten. Doch heute stehen sie einer Macht gegenüber, die sich nicht als Feindin der Arbeiter:innen präsentiert, sondern als deren vermeintliche Befreierin.

Die Reaktion der Gewerkschaften gestaltet sich allerdings weitgehend zurückhaltend, unkoordiniert und uneinheitlich. Grund dafür ist die Erosion ihres eigenen Interpretationsrahmens: In einer Zeit, in der die Produktion selbst zum Teil des Problems geworden ist, interpretieren die Gewerkschaften die Welt weiterhin durch die Brille produktivistischer Kategorien.

Das Ziel der folgenden Thesen ist es, diese politische Krise der Gewerkschaften neu zu betrachten, von der ökologischen Krise aus. Es geht nicht darum, das Klima als neues Thema in die Gewerkschaftsagenda aufzunehmen, sondern darum, zu verstehen, dass Umweltzerstörung und die Prekarisierung der Arbeit Teil derselben strukturellen Veränderung sind. Angesichts dessen erscheint *labour environmentalism* – in unserem Fall die Erfahrung in der »Frente Sindical de Accion Climática« – als Laboratorium für eine neue Grammatik der Arbeit: eine, die den Schutz des Lebens mit dem Schutz von Arbeitsplätzen, Eigentum und Demokratie verbindet.

Klimawandelleugnung als Herrschaftstechnik

Das Wort Leugnung bezeichnet üblicherweise eine irrationale Abwehr wissenschaftlicher Beweise. Die heutige Leugnung des Klimawandels basiert jedoch nicht auf Ignoranz, sondern auf einer Strategie. Mit ihr sollen kollektive Emotionen (Angst, Ressentiments, Stolz) ausgelöst werden, um eine unhaltbare Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten.

In Argentinien drückt sich diese Ordnung in einer Regierung aus, die nicht den Umstand des ökologischen Kollapses leugnet, sondern dessen politische Relevanz. Das hat eine spezifische administrative Form: Politik wird auf Buchhaltung reduziert, der Staat auf ein Unternehmen und der Bürger auf einen Kunden.

Dieser Wandel zeigt sich deutlich im libertären Diskurs des Präsidenten Javier Milei. Indem er »Freiheit« statt einer »ökologischen Diktatur« oder eines »Klimamarxismus« verspricht, kehrt er die moralische Ordnung um: Der Schutz der Umwelt wird zu einer Bedrohung für den individuellen Wohlstand.

Die Wirksamkeit dieser Machttechnik liegt darin, dass sie Prekarität in Identität verwandeln kann. Die Arbeiter:innen, die durch jahrzehntelange neoliberale Reformen verarmt sind, werden dazu aufgefordert, sich als Opfer der »grünen und woken Agenda« zu verstehen. Die Angst, das Wenige zu verlieren, das man hat, verwandelt sich in Loyalität gegenüber denen, die versprechen, es zu schützen.

Die Gewerkschaften, die im Verlauf der Geschichte gegen die individuellen Ängste solidarische Strukturen aufgebaut haben, stehen heute einer Macht gegenüber, die stattdessen Angst in Form von Ressentiments organisiert. Diese Umkehrung ist der Kern des Problems. Wo früher Unzufriedenheit in Streiks kollektiviert wurde, wird sie heute in sozialen Netzwerken kanalisiert; wo früher Ungerechtigkeit Bewusstsein schuf, führt sie heute zur Isolation. Die klimaskeptische Rechte muss sich nicht um die Bedürfnisse der Arbeiter:innen kümmern. Es reicht ihr, wenn sich die Arbeiter:innen alleine fühlen.

Diese Form der Klimawandelleugnung erzeugt Resonanz, weil sie eine einfache Erklärung für eine komplexe Krise bietet. Sie vermittelt dem Arbeitnehmer:innen: »Dein Leid ist nicht die Folge des Wirtschaftsmodells, sondern des Umwelt- und Klimaschutzes.« Es ist eine beruhigende, wenn auch falsche Erzählung, die es vermeidet, sich mit der wahren Ursache des Problems auseinanderzusetzen: der Art und Weise, wie das globale Kapital den gesellschaftlichen Reichtum von der Produktion und die Produktion von der Sorge für die Welt abgekoppelt hat.

Die Antwort der Gewerkschaften: Zersplitterung und Trägheit

Die argentinische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer paradoxen Situation. Einerseits verfügt sie über eine der am stärksten institutionalisierten Strukturen mit der größten Verhandlungsmacht in Lateinamerika. Andererseits wurde ihre kollektive Stimme angesichts der wirtschaftlichen, technologischen und ökologischen Veränderungen der letzten Jahre geschwächt.

Die Gewerkschaftsbewegung entstand zu Zeiten einer produktivistischen Grammatik, einem Erbe der Industrialisierung: Die Verteidigung der Beschäftigungsverhältnisse bedeutete den Schutz der Produktion. Aber in einer Zeit, in der die Produktion selbst irreversible Schäden verursacht, ist es nicht mehr so einfach. Die Gewerkschaften befinden sich somit in einem Spannungsfeld zwischen zwei Aufgaben: der Verteidigung von Arbeitsplätzen, die das unmittelbare Überleben sichern, und der Verteidigung des Lebens, des Fortbestands der Menschheit.

Auf dem Spiel steht zugleich die Fähigkeit, Vorgänge überhaupt zu benennen. Die Gewerkschaften sind es gewohnt, über Greifbares zu verhandeln: Löhne, Tarifverträge, Arbeitszeiten. Nun sehen sie sich mit diffusen Schäden konfrontiert: Brände, Dürren, Umweltverschmutzung, Verlust der Artenvielfalt. Das sind Phänomene ohne klaren Bezug zur Arbeit, bei denen Verantwortliche und Opfer weder zeitlich noch räumlich übereinstimmen.

Angesichts dieser Schwierigkeiten verstricken sich die Gewerkschaften zu oft in Fachjargon, wenn es um Ökologie geht – oder sie schweigen gleich ganz. Bleiben wir deshalb noch

etwas bei den Problemen, die das produktivistische Erbe der Gewerkschaften in der heutigen Zeit mit sich bringt.

Die Erosion kollektiver Identität und Schweigen als Symptom der Spaltung

Während des Industriezeitalters konstituierte sich die Identität der Arbeiter:innen durch die Fabrik, die Gewerkschaft und den Staat. Heute befinden sich alle drei Institutionen in einer Krise. Die ehemals gemeinsame Arbeit wird durch digitale Plattformen vereinzelt und zerfällt in fragmentierte Beschäftigungsverhältnisse, die Gewerkschaften verlieren Mitglieder und Macht, der Staat gibt seine regulierende Rolle auf. Dadurch löst sich die kollektive Identität auf und individuelle Ängste dominieren. Die prekären Arbeitsverhältnisse werden als persönliches Schicksal erlebt, nicht als gemeinsames Problem. Dies steht Solidarität im Weg und nährt die Narrative der Rechten, nach dem Motto: »Niemand kümmert sich um Dich, außer Du selbst.«

Die Leugnung des Klimawandels findet Anhänger:innen, weil sie als Verteidigung der Mehrheit gegen die »Schreibtischökologen« präsentiert wird. In der Vergangenheit haben die Gewerkschaften die ökologische Frage an Techniker:innen oder den Staat delegiert und daher wenig auf diesem Feld vorzuweisen. Sie haben an ihrer Fortschrittserzählung von mehr Produktion, mehr Beschäftigung und mehr Wohlstand festgehalten. Das reicht heute nicht mehr aus. Nicht weil die Arbeit an sich an Wert verloren hätte, sondern weil die Arbeit selbst zu einem Feld ökologischer Auseinandersetzungen geworden ist.

Gewerkschaften, die in Sektoren wie dem Rohstoffabbau oder der Industrieproduktion aktiv sind, stehen vor einem ethischen und politischen Dilemma: Entweder sie stellen sich hinter die Produktion oder sie riskieren den Verlust ihrer Basis. Denn viele Beschäftigte empfinden die Klimapolitik als direkte Bedrohung: Wenn der Rohstoffabbau gestoppt oder die Industrieproduktion eingeschränkt wird, versiegen auch ihre Einkommensquellen. Daher die defensive Reaktion. Um interne Spaltungen nicht zu vertiefen, wird die Umweltdebatte vermieden.

Tätig werden

Aber es gibt Anzeichen für eine Veränderung. Die ökologische Krise wird durch Brände, Überschwemmungen und Dürren immer greifbarer und beginnt, in den Alltag der Menschen einzudringen. Die Vorstellung, dass der Klimawandel »keine Gewerkschaft hat«, nimmt ab. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Wahrnehmung in Organisation zu verwandeln.

Die Gewerkschaftsbewegung kann ihre Stärke gerade an den Rändern wiederfinden: in den am stärksten gefährdeten Sektoren, die Umweltrisiken und informeller Arbeit ausgesetzt sind. Dort, wo der Staat nicht hinkommt und der Markt nur ausbeutet, entstehen Erfahrungen der Selbstverwaltung und Zusammenarbeit, die die Grundlage für eine neue Gewerkschaftspraxis bilden können.

Damit dies jedoch geschehen kann, müssen die Gewerkschaften ihre Passivität aufgeben und aktiv politische Vorstellungen formulieren. Die Frage ist nicht, ob es einen ökologischen Wandel geben wird, sondern wer ihn politisch gestaltet.

Regieren in Zeiten des ökologischen Kollapses

Gestalten die Gewerkschaften den ökologischen Wandel nicht, dann tun es diejenigen, die gewährleisten wollen, dass sich trotz des Klimawandels nichts an der Macht- und Reichtumsverteilung ändert. Die Leugnung des Klimawandels läuft darauf hinaus, dass die Katastrophe zur Routine wird, die Zerstörung zum üblichen Hintergrundrauschen. Die Krise soll beherrschbare Normalität werden.

Regierungen, die den Klimawandel ignorieren, lehnen nicht das Klimarisikomanagement selbst ab, sondern privatisieren die Gefahren. Wo früher der Staat versuchte, selbst die Klimaanpassung zu planen, überträgt er nun das Überleben dem Einzelnen oder dem Markt. Versicherungen ersetzen öffentliche Politik und philanthropische Stiftungen Solidarität.

Dieser Prozess drückt aus, was als Governance des Zusammenbruchs bezeichnet werden könnte: das Chaos verwalten, ohne es zu beheben. Auf zwei Ebenen findet eine Enteignung statt: Auf der materiellen Ebene verlieren die unteren Bevölkerungsschichten den Zugang zu

lebenswichtigen Ressourcen (Wasser, Energie, Land), auf der symbolischen Ebene verlieren sie das Recht, ihre eigene Vulnerabilität zu benennen. Die Politik der Verleugnung besteht nicht darin, den Klimawandel zu bestreiten, sondern darin, zu monopolisieren, wer über ihn wie sprechen darf.

Die Vereinnahmung der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsbewegung ist eines der Hauptziele dieser Strategie. Anstatt sie zu beseitigen, wird sie domestiziert. Man lädt sie zu Diskussionsrunden über »produktiven Wandel« oder »unternehmerische Nachhaltigkeit« ein, in deren Rahmen die ökologische Sprache ihres politischen Inhalts beraubt wird.

Große Unternehmen (insbesondere in den Bereichen Rohstoffgewinnung und Logistik) propagieren »grüne Arbeitsplätze«, die in der Praxis jedoch dieselben Ungleichheiten reproduzieren. Grüne Arbeit bedeutet in den meisten Fällen weder Demokratisierung noch bessere Löhne: Es handelt sich um dieselbe Arbeit unter einem anderen Namen. Die Rhetorik des Wandels wird genutzt, um technologische Abhängigkeit und die Unterordnung der Arbeit aufrechtzuerhalten.

Dieses Modell hängt mit den globalen Lieferketten zusammen. Die Länder des globalen Südens stellen natürliche Ressourcen und billige Arbeitskräfte bereit, um den Konsum des Nordens aufrechtzuerhalten. In diesem System ist die »Dekarbonisierung« der entwickelten Länder von der Rekarbonisierung der Peripherie abhängig. Das argentinische Lithium, das Erdgas aus Bolivien und das chilenische Kupfer sind die Basis für den grünen Umbau Europas und Asiens. Der ökologische Fußabdruck wird ausgelagert, er verschwindet nicht. Die Ausbeutung der Arbeit wird im Namen der ökologischen Wettbewerbsfähigkeit gerechtfertigt.

In prekären Situationen wird Opferbereitschaft als Tugend dargestellt. »Man muss durchhalten«, »man muss produzieren«, »man muss sich anpassen«. Leiden wird zu einer nationalen Tugend, Arbeit zur moralischen Verpflichtung.

Unter diesen Bedingungen steht die Gewerkschaftsbewegung vor einer Entscheidung: Entweder sie reproduziert die Sprache der Opferbereitschaft – »zuerst kommt die Wirtschaft, dann die Umwelt« – oder sie bricht mit ihr. Im letzteren Fall braucht es jedoch mehr als nur ökologische Slogans. Es erfordert eine neue Definition davon, was Arbeit ist, für wen und wofür sie geleistet wird.

Eigentum, Produktion und Enteignung

Die Leugnung des Klimawandels ist so wirksam, weil hinter ihr eine rechtliche und wirtschaftliche Struktur steht: der moderne Begriff des Eigentums. Seit der industriellen Revolution wird Privateigentum als absolutes Recht auf die Verfügung über die Produktionsmittel verstanden. Diese Definition hat die ökologische Zerstörung ermöglicht, ohne auf die kollektive Verantwortung zu verweisen. In der öffentlichen Verwaltung den Begriff des Klimawandels zu verbieten – wie es in Argentinien geschieht –, ist ein Rückfall in Zeiten, in denen die Privateigentümer unbesorgt und rücksichtslos über ihr Eigentum verfügen konnten.

Eine transformatorische Antwort der Gewerkschaften kann hier ansetzen: Eigentum sollte wieder politisiert werden und nicht nur als Verfügungsrecht, sondern in seiner sozialen und ökologischen Dimension betrachtet werden. Die Arbeit könnte ihre zentrale Bedeutung zurückgewinnen – nicht weil sie Waren produziert, sondern weil sie die Gemeingüter erhält, die die Produktion ermöglichen.

Jedes Mal, wenn die Regierung eine öffentliche Institution abbaut, hinterlässt sie eine Lücke. In diesem Vakuum können sich neue Formen der sozialen Organisation bilden. Es entsteht das, was wir als ökosystemische Chance bezeichnen: der Moment, in dem Systemfehler Möglichkeiten eröffnen, um die Verbindungen zwischen Arbeit, Natur und Gemeinwohl wiederherzustellen.

Die ökosystemische Chance ist weder technologischer Optimismus noch eine Politik der Anpassung. Sie ist eine Politik des Konflikts, eine Praxis, die aus Zerstörung entsteht. Menschen, die mit Überschwemmungen, Bränden oder Umweltverschmutzung konfrontiert sind, brauchen keine Nachhaltigkeitsleitlinien, sondern Instrumente, um auf die strukturellen Ursa-

chen einzuwirken. Und diese Ursachen (Eigentum, Produktion, Macht) sind genau diejenigen, die der aktuelle Diskurs der Klimaleugnung zu verbergen versucht.

In diesem Sinne will *labour environmentalism* die alten Gewerkschaftsbewegungen nicht ersetzen, sondern an ihre historische Funktion erinnern: die Schaffung eines Raums, in dem die Gesellschaft lernt, das Gemeinwohl zu verteidigen. In Zeiten des ökologischen Kollapses kann man nicht einfach weiter möglichst viele Dinge produzieren. Es geht stattdessen darum, Beziehungen zu erschaffen, die das kollektive Überleben ermöglichen.

Produktion und Reproduktion: Arbeit in der Moderne

Die Machttechnik der Klimawandelleugnung stützt sich auf eine viel ältere Spaltung: die Trennung von Arbeit und Leben, von Produktion und Fürsorge, von Fortschritt und Lebensqualität. Diese Spaltung, die mit der industriellen Moderne entstand, führte dazu, dass Arbeit auf ein Mittel der Akkumulation reduziert wurde, anstatt der Erhaltung der Welt zu dienen. Die aktuelle Klimakrise ist letztlich die Krise dieser Auffassung von Arbeit.

Seit dem 19. Jahrhundert gründen moderne Gesellschaften ihre politische Vorstellungswelt auf der produktiven Arbeit. Bürger zu sein bedeutet, am Kreislauf von Produktion und Konsum teilzunehmen. Eine formelle Beschäftigung ist der Schlüssel zu Würde und Integration.

Gleichzeitig wurde Arbeit zum moralischen Kriterium und Maßstab für den Wert des Menschen. Aufgaben wie Pflege, Reproduktion oder Erhaltung der Umwelt blieben außerhalb des wirtschaftlichen Bereichs. Die Natur und diejenigen, die sie schützen, wurden unsichtbar.

Dieser Prozess war Bedingung des industriellen Kapitalismus. Damit Lohnarbeit Gewinn abwerfen kann, müssen andere Arbeiten (unbezahlt, unsichtbar, als »unproduktiv« angesehen) weiterhin das Leben und die Umwelt sichern. So entstand die moderne Ordnung: eine auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft, gestützt durch die Verleugnung der Ökologie. Heute hat dieses Modell seine Grenzen erreicht, die Leugnung dessen erscheint als Abwehrreaktion. Die ökologische Krise wird geleugnet, um nicht eingestehen zu müssen: Die Grundlage des modernen Fortschritts beruht auf der Ausbeutung der Welt.

Arbeit, die erhält: eine Politik der Fürsorge

Die Rolle der Arbeit im Zeitalter des ökologischen Zusammenbruchs neu zu überdenken, bedeutet nicht, Prekarität zu romantisieren oder Opferbereitschaft zu verherrlichen. Es geht darum, Arbeit wieder als etwas zu verstehen, das die Welt bewahrt und nicht zerstört.

Arbeit soll Lebensraum schaffen, also eine Form von Wert, die nicht akkumuliert, sondern verteilt wird. Dies als »Arbeit« zu bezeichnen, ist ein politischer Akt: Das gegenwärtige Verständnis wird infrage gestellt, in dem der Reproduktion des Lebens kein Wert beigemessen wird.

Diese veränderte Sichtweise hat tiefgreifende Konsequenzen. Wenn Fürsorge und Regeneration in den Mittelpunkt rücken, liegt der Schwerpunkt der Arbeitspolitik nicht mehr auf wirtschaftlichem Wachstum, sondern in der kollektiven Fähigkeit, die Lebensbedingungen aufrechtzuerhalten.

Die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur. Produzieren bedeutet, die Zeit zu beherrschen: planen, ansammeln, expandieren. Reproduzieren hingegen bedeutet, das Bestehende zu erhalten, zu reparieren, zu pflegen. Der Kapitalismus hat die Produktion zum zivilisatorischen Ideal erhoben und die Reproduktion in die Unsichtbarkeit des häuslichen oder ökologischen Bereichs verdrängt.

Die Klimawandelleugnung profitiert von dieser Hierarchie. Ihre Stärke liegt in dem Versprechen, die Macht der Produktion zurückzugewinnen. Sie verachtet die Ökologie, weil ihr Fürsorge als Schwäche erscheint.

Die zeitgenössische politische Ökologie kehrt diese Gleichung jedoch um. Sie behauptet, dass Fürsorge kein Verzicht ist, sondern eine höhere Form des politischen Handelns, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist. Mit dieser Verschiebung wird auch der Begriff des Fortschritts neu bestimmt: Es geht nicht um mehr Wachstum, sondern um ein besseres Leben. Und das ist eine zutiefst arbeitsbezogene Aufgabe. Sie beinhaltet eine Neuorganisation der Arbeit, eine Umverteilung der Zeit und eine Neubestimmung der Produktivität.

Den Wert neu definieren

Gewerkschaften können aus den ökologischen Schäden und den Erfahrungen der Zerstörung lernen. Es geht um eine Repolitisierung der Krise: Hinter jeder Naturkatastrophe steht eine Eigentumsstruktur, eine Steuerpolitik, eine Produktionskette, eine ungleiche Verteilung der Gewinne und Risiken.

Auf diese Weise definiert sich der *labour environmentalism* nicht durch die Themen, mit denen er sich befasst, sondern durch die Logik, die er verkörpert: die der Interdependenz. Während die Rechten die Verbindung zwischen Arbeit und Natur leugnen, müssen die Gewerkschaften sie klar bejahen. Ihre Aufgabe besteht nicht mehr in der Vertretung eines Sektors, sondern darin, Verbindungen zwischen Sektoren, Territorien und Generationen herzustellen.

Die Gewerkschaftsbewegung des 21. Jahrhunderts muss den Begriff des Wertes neu definieren. Wert kann nicht mehr nur an der Produktivität gemessen werden, sondern muss sich an der Fähigkeit orientieren, menschliche und natürliche Ökosysteme zu erhalten. Durch diese begriffliche Veränderung werden alle Arbeitsinstitutionen neu definiert: der Lohn, die Arbeitszeit, die soziale Sicherheit.

Der Lohn sollte nicht nur die geleistete Arbeitszeit berücksichtigen, sondern auch die eingesparte Zeit: die eingesparte Energie, die vermiedene Umweltverschmutzung, das geschützte Leben. Die Arbeitszeit sollte das Recht auf ökologische Erholung berücksichtigen, auf eine Freizeit, in der die Umwelt nicht ausgebeutet wird. Die soziale Sicherheit sollte auch die Umweltsicherheit umfassen: saubere Luft, sicheres Wasser, ein lebenswertes Klima.

Die moralische Funktion der Arbeit wiederherstellen

Die Offensive der Klimawandelleugner ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern das politische Gesicht einer schlecht gemanagten Transformation. Sie zielt nicht darauf ab, die Wissenschaft zu widerlegen, sondern eine Wirtschaftsordnung zu schützen. Was verteidigt wird, ist nicht die Wahrheit, sondern das Eigentum; nicht die Freiheit, sondern das Vorrecht einiger weniger auf die Allgemeingüter.

Die Leugner des Klimawandels haben es geschafft, die Arbeitsmoral zu kolonisieren: Opferbereitschaft wurde zur Tugend und Gehorsam zum Patriotismus. Die Antwort darauf kann nicht nur technischer oder programmatischer Natur sein, sie muss moralisch und kulturell sein.

Die Gewerkschaftsbewegung entstand einst als moralische Bewegung, die in der Lage war zu bestimmen, was als ein gerechtes Leben gilt, was als Arbeit bezeichnet werden kann und was nicht. Diese Moral wiederherzustellen bedeutet zu erklären, dass Beschäftigung nicht erhaltenswert ist, wenn sie die Lebensgrundlagen zerstört. Dass nicht jede Investition Fortschritt bedeutet, wenn sie prekäre Arbeitsverhältnisse schafft und die Umwelt verschmutzt. Dass Technologie nicht neutral ist, wenn sie Ungleichheit schafft.

Politik der ökologischen Grenzen

Die Begriffe Transition und Transformation wurden von der Technokratie vereinnahmt. In der heutigen Sprache bezeichnen sie eine geordnete Abfolge von Reformen, die ein weiteres Wachstum mit weniger CO₂-Ausstoß ermöglichen sollen. Was wir jedoch täglich beobachten, ist ein Bruch. Gemeinden, die durch Brände vertrieben wurden, Städte ohne Wasser, Arbeiter:innen, die durch Umweltverschmutzung oder extreme Hitze erkrankt sind, erleben keinen allmählichen Prozess: Sie erleben Verlust.

Deshalb reicht es nicht mehr aus, von einer *just transition* zu sprechen. Was auf dem Spiel steht, ist die Neugestaltung der Arbeit als einer weltweiten Praxis. Wir müssen anerkennen, dass der auf Wachstum, Konsum und Expansion basierende Sozialvertrag des 20. Jahrhunderts nicht mehr tragfähig ist.

Die Ökologie führt ein unbequemes politisches Prinzip ein: die ökologische Grenze. Diese Grenze meint weder einen Mangel noch Verbote, sondern einen Maßstab. In einer endlichen materiellen Welt besteht Gerechtigkeit nicht darin, unendlich zu verteilen, sondern genug für

alle zu erhalten. Die ökologische Grenze zu akzeptieren bedeutet nicht, auf Wohlstand zu verzichten, sondern ihn neu zu bestimmen. Es bedeutet, das Versprechen des Überflusses durch die Garantie der Kontinuität zu ersetzen.

Die Gewerkschaften spielen hier eine unersetzliche Rolle. Ein Jahrhundert lang waren sie die Hüter des Gleichgewichts zwischen Kapital und Arbeit. Jetzt können sie die Hüter des Gleichgewichts zwischen Arbeit und (Um-)Welt werden. Nicht weil sie die Wahrheit besitzen, sondern weil sie sich mit der Materie auskennen: Sie wissen, was es kostet, etwas zu produzieren, was verbraucht wird, was kaputt geht.

Auf dem Weg zu einer neuen Grammatik der Arbeit

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist keine gerade Linie, sondern eine Spirale aus Krisen und Neuerfindungen. Die Krisen, die wir heute erleben – Klimakrise, Umweltverschmutzung, Verlust der Artenvielfalt, die soziale Krise – bedeuten nicht das Ende der Arbeit, sondern das Ende einer bestimmten Art, Arbeit zu verstehen.

Die Gewerkschaftsbewegung des 21. Jahrhunderts darf sich nicht zwischen Beschäftigung und Umwelt entscheiden. Sie muss zeigen, dass es sich um dieselbe Sache handelt. Die Arbeit zu verteidigen bedeutet, eine Welt zu verteidigen, die Arbeit erst ermöglicht.

In Argentinien versucht die FSAC, diese neue Grammatik der Arbeit umzusetzen und den ökologischen Konflikt nicht als Umwelt-, sondern als Arbeitskonflikt zu verstehen; nicht als Konflikt um die Natur, sondern um das Soziale.

Wenn es der Gewerkschaftsbewegung gelingt, sich wieder mit dem Puls der Erde und den Erfahrungen arbeitender Menschen zu verbinden, kann sie zum Wiederaufbau beitragen. Gemeinsam mit der Hartnäckigkeit derer, die weiterhin reparieren, pflegen, kultivieren, Widerstand leisten, wird Arbeit wieder zu dem, was sie in ihrem tiefsten Sinne immer war: ein Bündnis zwischen den Menschen und der Welt, in der sie leben.

** Sol Klas und Gerardo Juara sind in der Frente Sindical de Accion Climática (FSAC) organisiert, einem klimapolitischen Gewerkschaftsbündnis in Argentinien.*

Übersetzung und Bearbeitung: Jürgen Schardt (Redaktion express), Elsa Steenbuck und Anne Tittor (beide Friedrich-Schiller-Universität Jena) mithilfe von DeepL.

Die ungekürzte Originalfassung findet sich auf <https://trasas.uni-jena.de/aktivitaeten/>

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12